

Landtag Aktuell

18. Ausgabe

Düsseldorf, 06.05.2011



Gregor Golland

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Was in Bayern geht, muss auch in NRW möglich sein

Unzufrieden bin ich mit der Antwort der rot-grünen Landesregierung auf meine Kleine Anfrage zu den Gebührenlasten für das Vervielfältigen von Noten in Kitas und Musikschulen.

Obwohl der Minderheitsregierung die Problematik bekannt ist, verharrt sie in Untätigkeit. In einer Kleinen Anfrage hatte ich kritisiert, dass für allgemeinbildende Schulen zwar ein Pauschalvertrag zwischen dem Land und der VG Musikedition besteht, für Kitas und Musikschulen allerdings nicht. Diese müssen mit der VG Musikedition separate Verträge schließen. Laut Mustervertrag müssen für jeden Musikschüler jährlich 15 Euro für das generelle Kopieren von Noten bezahlt werden. Für Kindergärten gibt es einen Festpreis von 56 Euro für je 500 Kopien.

Während das Land Bayern immerhin bereits einen Pauschalvertrag mit Gema und VG Musikedition für alle Kitas unterschrieben hat, behauptet Kultusministerin Ute Schäfer, die Landesregierung arbeite an einer länderübergreifenden Lösung. Anscheinend weiß die nordrhein-westfälische Landesregierung nicht, dass es dafür bereits zu spät ist. Warum diese außerdem mehr als 5 Wochen für eine fehlerhafte Beantwortung braucht, bleibt ein Rätsel.

Die VG Musikedition vertritt die Rechte von Musikkomponisten. Die Landesregierung sollte endlich die Rechte unsere Kindergärten und Musikschulen vertreten. (<http://kurzlink.de/GGnoten>)

Versagt in NRW – Eine Zwischenbilanz



Die grün-rote Minderheitsregierung hat einen Fehlstart hingelegt. Die Bilanz nach einem Jahr ist bescheiden. Die Ministerpräsidentin verschuldet das Land und wird, ebenso wie die Schulministerin, von den Gerichten des Landes gestoppt. Der Wirtschaftsminister glänzt durch Abwesenheit. Der Arbeitsminister wird von seinen ehemaligen DGB-Kollegen auf Veranstaltungen ausgebuht. Wissenschaftsministerin Schulze steht auf der Kippe, nachdem sie politisch motivierte Angst wegen angeblich fehlender Brennelementekugeln geschürt hat. Diese Aufzählung lässt sich weiterführen: <http://kurzlink.de/GGversagt>.

Nur der Innenminister hat zumindest einen aus dem Rhein-Erft-Kreis glücklich gemacht: Der SPD-Kreisvorsitzende wurde als beamteter Referent in sein Haus geholt.

Haushalt im Kreis: Schuldenfrei und sozial ausgewogen

Vor fast 4 Jahren wurde der Rhein-Erft-Kreis unter der Regie unseres Landrates Werner Stump und der CDU/FDP-Koalition schuldenfrei. Nach acht Jahren harter Arbeit hatte die bürgerliche Mehrheit dieses Ziel erreicht. Der Rhein-Erft-Kreis war der erste schuldenfreie Kreis in NRW.

In diesen Tagen wird der Haushalt 2011 endgültig beraten und verabschiedet. Schon jetzt zeichnet sich dafür wieder eine breite Mehrheit aus CDU, FDP und Grünen ab.

Die Gesamtaufwendungen belaufen sich auf 359,1 Mio. Euro. Davon gibt der Kreis 87 Millionen an Landschaftsumlage wieder ab. Die nächstgrößte Position sind die Sozialkosten (z.B. Hartz IV) mit 81,2 Mio.. 15% des Gesamthaushaltes (55,82 Mio.) fließen in die Personalkosten. Der Kreis finanziert sich unter anderem durch eine Umlage, die seine 10 Städte aufzubringen haben. Diese Umlage haben wir auch 2011 weiterhin bei 42,53% stabil gehalten.

Unser Finanzkonzept sieht unter anderem vor, die Caritas-Frühförderung für behinderte Menschen mit 75.000 Euro zu unterstützen, damit mehr benötigte Plätze geschaffen werden können. 68.000 Euro werden in die Suchtberatung fließen. Die Förderschulen im Kreis bekommen 40.000 Euro zusätzlich für die Finanzierung von Ganztagsangeboten. Damit erbringen wir im Sozialbereich viele freiwillige Leistungen, die nur durch gutes und nachhaltiges Haushalten möglich sind. Weitere Details finden Sie unter: <http://kurzlink.de/GGhaushalt>.

Die CDU/FDP-Koalition im Rhein-Erft-Kreis hält an dem Ziel des schuldenfreien Kreises auch in Zukunft fest. Wir garantieren, die Interessen der Kommunen im Auge zu behalten und die Umlage auch im nächsten Jahr nicht zu erhöhen. Darauf können sich die Menschen verlassen.